

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 09.10.2003**

öffentlich

Ort: im Fachbereich für Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstraße 4
06114 Halle (Saale)
Konferenzraum 117

Zeit: 16:00 Uhr bis 18.30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Thomas Godenrath	CDU
Herr Klaus Hinze	SBE
Frau Ute Haupt	PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Frau Sabine Wolff	HAL
Frau Hannelore Blumenthal	UBF
Frau Dorothee Fischer	BE
Herr Walter Große-Wöhrmann	SBE
Herr Jochen Heyroth	ZMTG
Frau Helga Schubert	ZMTG
Herr Winfried Weber	ZMTG
Frau Stefanie Albrecht	BE
Frau Thea Ilse	BE
Herr Jomrich	BE
Herr Ladewig	BE
Frau Renate Leonhardt	BE
Herr Lothar Rochau	ZMTG
Frau Michaela Rychlá	BE
Frau Susanne Schmotz	
Frau Dagmar Szabados	
Frau Heike von Nievenheim	Verw
Herr Uwe Weiske	Verw

Entschuldigt fehlen:

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	i.V. Frau Ulrike Wünscher
Herr Ulrich Richter	SPD	
Herr Steffen Wieders		i.V. Herr Detlev Paul
Frau Deckwerth	BE	
Herr Sarunski	BE	i.V. Frau Richterin Leske

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung mit dem Bildungsausschuss vom 09.07.03 und der Niederschrift vom 04.09.03
- 4. Bericht zu den Qualitätsstandards im Pflegekinderdienst
Berichterstattung: Frau Theuerkorn, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 5. Perspektiven der Jugendfreizeiteinrichtungen
Vorlage: III/2003/03652
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8. Mitteilungen
- der Verwaltung zum III. Quartalsbericht zur Haushaltskonsolidierung
Berichterstattung: Frau Schmidt, Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit
- 9. Anregungen

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Wortprotokoll:

Da keine Kinder und Jugendlichen zur Sprechstunde erschienen waren, wurde die Sitzung sofort eröffnet.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Wortprotokoll:

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte fest, dass die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben ist.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Wortprotokoll:

Frau Hanna Haupt stellte die Tagesordnung vor.

Frau Wolff wies darauf hin, dass die auf TOP 5 gesetzte Vorlage im Unterausschuss Jugendhilfeplanung zur ersten Lesung war und erst morgen nochmals auf der Tagesordnung dort steht. Deshalb kann ihrer Meinung nach diese Vorlage heute noch nicht im Jugendhilfeausschuss behandelt werden.

Frau Hanna Haupt antwortete, dass diese Vorlage heute im Ausschuss zur ersten Lesung vorgesehen ist und erst in der nächsten Sitzung zur Entscheidung steht. Deshalb kann die Vorlage auf der Tagesordnung stehen bleiben.

Die Tagesordnung wurde mit allen Punkten bestätigt.

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung mit dem
Bildungsausschuss vom 09.07.03 und der Niederschrift vom 04.09.03**

Wortprotokoll:

Die Niederschriften vom 09.07.03 und 04.09.03 wurden bestätigt.

**zu 4 Bericht zu den Qualitätsstandards im Pflegekinderdienst
Berichterstattung: Frau Theuerkorn, Fachbereich Kinder, Jugend und
Familie**

Wortprotokoll:

Frau Theuerkorn gab vor dem Ausschuss einen Bericht über die Qualitätsstandards im Pflegekinderdienst des FB Kinder, Jugend und Familie ab. Dieser Bericht wurde auch allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt.
Anschließend wurden Anfragen beantwortet.

Anfrage eines Ausschussmitgliedes zu dem Kostenverhältnis in Pflegefamilien gegenüber Heimunterbringungen.

Durch die Verwaltung wurde geantwortet, dass das Pflegegeld wesentlich geringer ausfällt als dies für Heimunterbringungen der Fall ist. Die Kostenregelung des Landes sieht dies in der entsprechenden Verordnung und dem Pflegegelderlass so vor. Damit soll „verhindert“ werden, dass Familien Pflegeverhältnisse als „Erwerbstätigkeit“ betreiben.

Anfragen eines Ausschussmitgliedes, was sich für Familien für ein Pflegeverhältnis interessieren. Außerdem wurde nach der Motivation für die Pflege eines Kindes gefragt und welche Probleme beim Spannungsverhältnis zwischen Vertrauen und Kontrolle bestehen.

Die Verwaltung antwortete, dass die Motivlage unterschiedlich ist. Einige haben bereits eigene Kinder, keine Kinder oder sind über 40 Jahre und deren Kinder sind aus dem Haushalt.

Die Motivation für die Aufnahme eines Pflegeverhältnisses ist demzufolge auch unterschiedlich. Gemeinsam ist allen Bewerbern, dass sie den Kindern ein Zuhause auf Zeit bieten möchten. Sei es weil sie selbst kinderlos sind, ihre Kinder aus dem Haus sind oder sie gern ein weiteres Kind zu ihren Kindern aufnehmen würden.

Das Bewerberverfahren ist sehr zeitintensiv und gründlich und läuft ½ bis ¾ Jahr. Durch den Fachbereich werden regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen und Hausbesuche durchgeführt. Die Pflegeeltern arbeiten eng mit der Verwaltung zusammen.

Anfrage eines Ausschussmitgliedes zur Ausbildung und Bezeichnung einer „systemischen Beraterin“.

Durch die Verwaltung wurde mitgeteilt, dass dies eine Zusatzausbildung „Systemische Familientherapie und Familienberatung“ ist. Über diese Ausbildung verfügen die

Anfrage eines Ausschussmitgliedes wie die Zeitdauer einer Bereitschaftspflege ist.

Die Verwaltung antwortete, dass es hierbei eine unterschiedliche Zeitspanne gibt. Im Rahmen der Krisenintervention gibt es viele Pflegeeltern mit Rufbereitschaft, die im Notfall eine sofortige Aufnahme eines Kindes/Jugendlichen ermöglichen können. Manchmal ist es nur ein kurzfristiger Aufenthalt, längstens dauert eine Bereitschaftspflege ein ½ Jahr. Um den Pflegeeltern das „spätere Loslassen“ dieser Kinder zu erleichtern, werden die Pflegeeltern auf diese Phase durch intensive Gespräche vorbereitet. Begleitend werden den Bereitschaftspflegeeltern auch Supervisionen angeboten.

Frau Szabados fügte ergänzend hinzu, dass es auch den Pflegeelternverein „Ich bin für Dich da“ e.V. gibt und die Pflegeeltern untereinander im engen Austausch stehen.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied zu der Aussage, dass die Thematik „Stehlen und Lügen bei Pflegekindern“ behandelt wurde. Ist dieses Verhalten bei Pflegekindern ausgeprägter vorhanden.

Durch die Verwaltung wurde geantwortet, dass dieses Verhalten nicht wesentlich anders als bei anderen Kindern anzusehen ist. Diese Thematik wird immer wieder im Gruppen-Stammtisch besprochen.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied, wieso die Fallzahlen im Bereich der Pflegeverhältnisse ganz anders aussehen als in anderen Städten.

Frau Szabados antwortete, dass Halle in den Hilfen zur Erziehung insgesamt mehr Kinder als z.B. Magdeburg hat. Durch den Umbau der Hilfen zur Erziehung ab 1993 hat sich das Verhältnis der stationären zu den ambulanten Hilfen grundsätzlich verändert. Waren 1990 noch über 650 stationäre Hilfen zur Erziehung, so hat sich das im Jahr 2002 auf 322 Fälle reduziert. Sie betonte, dass die Strategie ist, Kinder unter 10 Jahren in Pflegefamilien aufzunehmen. Im Rahmen der Hilfeplanung wird in jedem Einzelfall genau geschaut, inwieweit ein Kind in einer Pflegefamilie besser aufgehoben ist, als in einem Heim der Erziehungshilfe.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied, ob es einen Kriterienkatalog gibt, wann Kinder in Pflegefamilien aufgenommen werden sollten.

Antwort der Verwaltung, dass es hierfür keinen Kriterienkatalog gibt. Grundlage ist in jedem Fall das Hilfeplanverfahren beim Allgemeinen Sozialen Dienst unter Einbeziehung der leiblichen Eltern und anderer Rahmenbedingungen für das Kind.

Herr Rochau verwies darauf, dass die Pflegefamilien das Pflegegeld auf der Grundlage eines Pflegegelderlasses erhalten. Der Betrag ist vom Land festgelegt und setzt sich aus einem Grundbetrag (für Ernährung, Bekleidung, Kosmetik, anteilige Miete) und einem Erziehungsbetrag (als kleine Entlohnung für die Pflegeeltern) zusammen. Bei dem Kostensatz in Heimen ist ein Grundbetrag notwendig und zusätzlich kommen die Personalkosten für eine 24-Stunden-Rund-um-die-Uhr-Betreuung dazu. Es gab einen Vorstoß der Stadt Halle beim Land, um zu erreichen, dass die Pflegeeltern finanziell besser gestellt werden. Das Land hat hierbei deutlich gemacht, dass ein einheitlicher Maßstab für Kinder in Sachsen-Anhalt gelten muss.

Frau Szabados ergänzte, dass durch das Land die Auffassung vertreten wird, dass den Pflegeeltern der Aufwand zur Pflege ersetzt werden soll. Es soll nicht als „Erwerbstätigkeit“

angesehen werden. Deshalb gibt es einheitlich festgelegte Sätze im Land. Sie betonte auch, dass eine Pflegschaft nicht für jedes Kind geeignet ist. Wie bereits ausgeführt, wird dies im Hilfeplanverfahren mit den Beteiligten abgewogen.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied, wie viel Prozent der HzE in Pflegefamilien angeboten werden.

Frau Szabados teilte mit, dass ca. $\frac{1}{4}$ der HzE im Rahmen von Vollzeit- oder Bereitschaftspflege angeboten werden. Derzeitig sind es 272 Fälle.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied, ob es noch „Vormundschaften“ gibt.

Die Verwaltung teilte mit, dass dies bei einigen HzE der Fall ist. Der FB Kinder, Jugend und Familie wird für einen bestimmten Teil der Kinder Amtsvormund. Der Amtsvormund entscheidet an Elternstatt für Kinder, im Rahmen des Hilfeplanverfahrens, welche Hilfeform für dieses Kind am geeignetsten erscheint.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied, durch wen ein Abbruch eines Pflegeverhältnisses erfolgt.

Die Verwaltung antwortete, dass dies in der Regel von den Pflegeeltern selbst kommt. Der Fachbereich veranlasst nur in Ausnahmefällen die Beendigung des Pflegeverhältnisses.

zu 5 **Perspektiven der Jugendfreizeiteinrichtungen** **Vorlage: III/2003/03652**

Wortprotokoll:

Durch **einzelne beratende Mitglieder des Ausschusses** wurde angemerkt, dass sie keine Vorlage zugeschickt bekommen haben. Bis auf ein Mitglied haben alle stimmberechtigten Mitglieder die Vorlage erhalten. Dies wird mit der Geschäftsstelle Stadtrat geklärt. Da es heute nur die 1. Lesung sein soll wird die Vorlage trotzdem behandelt.

Frau Szabados sprach an, dass bei vielen Aufgaben in der Stadt immer die demografische Entwicklung berücksichtigt werden muss. Die „Start-studie“ hat 2001 bereits zu Veränderungen bei der einrichtungsbezogenen Jugendarbeit bis hin zur Vernetzung verschiedener Angebote geraten. Im Jahr 2002 wurden die „Leitziele der Kinder-, Jugend – und Familienpolitik“ beschlossen und die Jugendhilfeplanung im Bereich des § 11 SGB VIII sozialräumlich definiert. 2002 wurde im „Berger-Gutachten“ der Stadt empfohlen, die kommunalen Jugendfreizeiteinrichtungen in freie Trägerschaft zu überführen. Die Vorlage soll ein erster Schritt sein, um in der Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt perspektivisch voranzukommen.

Sie verwies darauf, dass diese Vorlage einmal im Unterausschuss Jugendhilfeplanung behandelt wurde und morgen nochmals Thema sein wird. Über die Prioritäten in der Kinder- und Jugendarbeit 2004 wird in der Klausurtagung des Jugendhilfeausschusses beraten.

Frau Wolff sprach an, dass die Vorlage in der ersten Lesung im UA Jugendhilfeplanung war. Da die freien Träger aber erst an dem Tag ein Exemplar der Vorlage erhalten haben, gab es noch keine abschließende Diskussion dazu. Diese wird erst morgen erfolgen.

Frau Szabados wies darauf hin, dass diese Vorlage erst kurzfristig vorgelegt werden konnte, da es verwaltungsintern Abstimmungsbedarf gab.

Frau Brederlow sprach an, dass diese Vorlage Ergebnis bereits vorangegangener Beschlüsse wie die angesprochenen Leitziele, die Jugendhilfeplanung zum § 11, die Sozialraumorientierung und die entsprechende Definition dazu ist.

Sie ging auf die Vorschläge entsprechend der Seite 2 der Vorlage näher ein. Die Perspektiven erläuterte sie wie auf Seite 3 der Vorlage beschrieben. Nächstes Jahr sind einige Veränderungen wie das Auslaufen des Feststellenprogrammes zu erwarten. Eine Vernetzung verschiedener Angebote soll zukünftig stärker stattfinden.

Anfrage eines Ausschussmitgliedes, was passiert, wenn über die Vorlage hier abgestimmt wird und sich mit Auslaufen des Feststellenprogrammes deutlich macht, was noch wegfallen wird.

Frau Szabados teilte mit, dass das Feststellenprogramm bis Ende 2004 bewilligt ist. Sicher wird es keine Fortführung geben. Die Stadt muss jetzt richtungsorientiert sehen, wie es weitergehen soll. Schwerpunkte müssen gesetzt werden.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied, was bei der Übertragung mit dem städtischen Personal aber auch den Einrichtungsgegenständen passiert.

Frau Szabados antwortete, dass die personellen Auswirkungen der Vorlage zu entnehmen sind. Es ist benannt, welche Stellen entfallen bzw. eine Übertragung an den freien Träger

den Träger. In Einzelfällen wie z.B. bei der JFE Weißen Rose, die geschlossen werden soll und dafür das Objekt Roxy beim IB vorgesehen ist, wird geprüft, wer Einrichtungsgegenstände benötigt.

Anfrage von Frau Wolff, wie sich das mit der Musikanlage der JFE Wasserturm verhält, da Sie erfahren hat, dass diese Musikanlage sich jetzt im Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche befinden soll.

Durch die Verwaltung wurde geantwortet, dass im Ausschuss beschlossen wurde, dass Mitarbeiter der JFE „Wasserturm“ in das Begegnungszentrum umgesetzt werden sollen. Dieser Beschluss wurde durch die Verwaltung umgesetzt. Z.B. wurde die Bühne der JFE Wasserturm, die von einem der umgesetzten Mitarbeiter betreut wird, in das Begegnungszentrum gegeben, weil dort bessere Lagerungsmöglichkeiten bestehen.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied, ob mit dieser Vorlage tatsächlich gespart wird. Die finanziellen Auswirkungen erscheinen zu wenig.

Die Verwaltung antwortete, dass nicht alle personellen Veränderungen zu finanziellen Auswirkungen in 2004 führen, da für unbesetzte Stellen keine Planung 2003 erfolgte bzw. eine Stelle mit KW-Vermerk erst zu finanziellen Ausführungen führt, wenn dieser realisiert wird.

Frau Szabados verwies darauf, dass im Fachkonzept zur Haushaltskonsolidierung steht, dass der Hauptschwerpunkt in den HzE zu sehen ist. Dies wurde auch so beschlossen. Der präventive Teil muss aber weiterhin Bestandteil sein. Diese Vorlage soll dazu ein erster Schritt sein.

Anfrage eines Ausschussmitgliedes im Zusammenhang mit einem im Frühjahr erschienenen Presseartikel zum Wohngebiet Südpark, wo von Abriss geschrieben wurde. Inwieweit ist dort perspektivisch eine JFE auf Dauer vorgesehen.

Frau Szabados sprach an, dass es hierzu eine Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt auch hinsichtlich des Programmes URBAN gab. Im Umfeld der JFE „Weiße Rose“ gab es mehrfach Bürgerbeschwerden, da dort Einfamilienhäuser entstanden sind. Deshalb ist die Schließung der JFE „Weiße Rose“ angebracht. Die JFE „Roxy“ wird im Wohngebiet sehr gut angenommen und verfügt über eine große Grünfläche. Das Objekt „Weiße Rose“ kann sicher gut vermarktet werden.

Hinweis eines Ausschussmitgliedes, dass auch von schulbezogener Jugendarbeit und Ganztagschulen perspektivisch gesprochen wird. Ganztagschulen sind ja generell ein schwieriges Thema. Welche Ressourcen soll Jugendhilfe erhalten. Günstig wäre es doch, eine JFE direkt in einer Schule anzusiedeln.

Frau Szabados sprach an, dass dies später im Einzelfall so kommen kann. Die jetzigen Vorschläge sind als erster Schritt anzusehen. Der Standort „Roxy“ ist ein guter Weg, in diesem Wohngebiet Jugendarbeit anzubieten.

Anfrage eines Ausschussmitgliedes zur Übertragung der JFE „Wasserturm“, da hier zwei Anträge von freien Trägern vorliegen. Was für ein Antragsverfahren gibt es hierzu und besteht noch die Möglichkeit für interessierte Träger sich hierfür zu bewerben.

Frau Szabados antwortete, dass es bisher noch kein Antragsverfahren gibt. Interessenten können sich noch bewerben. Dann müssen die Konzepte angesehen und Abwägungen getroffen werden und der Ausschuss entscheiden, welcher Träger den Zuschlag erhält.

Hinweis eines Ausschussmitgliedes, dass die Frage sein sollte, wie es zukünftig in den einzelnen Planungsgruppen in der offenen Jugendarbeit weitergehen soll.

Es muss frühzeitig geprüft und definiert werden, was an inhaltlicher Arbeit im offenen Bereich noch gebraucht wird. Diese JFE, die in der Vorlage benannt sind, sollten nicht unbedingt als „Zentren“ im Sozialraum gesehen werden. Hier ist Flexibilität gefragt.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied zu der Legende im Austauschblatt. Was ist unter „sonstige Partner“ anzusehen. Radio Corax e.V. oder Dornrosa machen sozialraumübergreifende Arbeit in unserer Stadt.

Frau Szabados antwortete, dass hier aufgezeigt werden sollte, was es alles gibt. Eine Zuordnung war bei diesen Partnern schwierig.

Frau Schöps erläuterte, dass es einerseits Träger gibt, die im Sozialraum tätig sind und eine Förderung erfahren. Andererseits gibt es sozialraum-übergreifende Partner, die auch gefördert werden.

Sonstige Partner erhalten keine Förderung, arbeiten aber auch mit der Verwaltung zusammen.

Anfrage eines Ausschussmitgliedes, was aus der Idee geworden ist, die kommunalen JFE als Eigenbetrieb zusammenzufassen.

Frau Szabados antwortete, dass schon die Ausgliederung der KITAs nicht einfach ist. Erst soll die Umstrukturierungsphase laufen. Wenn klar ist, welche Einrichtungen dann noch bei der Stadt sind. In einem weiteren Schritt kann dann über Ausgliederung nachgedacht werden. Für die JFE ist das aber kein Thema.

Anfrage eines Ausschussmitgliedes ob bei dem Prozess der Übertragung die Mitarbeiter der JFE´s mit einbezogen werden, um diese für ihre zukünftige Arbeit auch entsprechend zu motivieren.

Frau Szabados antwortete, dass dies nicht vorgesehen ist. Der Personalrat wird bei diesem Prozess im Rahmen der Mitbestimmung mit einbezogen werden.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied, ob die Berechnung ausgabe- oder zuschuss-seitig berechnet wurde, da die JFE´s doch auch Einnahmen bringen müssen.

Frau Szabados antwortete, dass dies auf Zuschussbasis korrekt berechnet wurde.

Anfrage eines Ausschussmitgliedes zum Beschlussvorschlag 5.1., wo über den Abschluss befristeter Verträge gesprochen wird. Die JFE Wasserturm ist mit Fördermitteln aufgebaut wurden, bleibt für diese Einrichtung die Funktionsbindung als Jugendfreizeiteinrichtung bestehen.

Frau Szabados antwortete, dass dies natürlich berücksichtigt wird. Die Immobilie und die Zweckbindung ist das Eine, die Übertragung per Stadtratsbeschluss das Andere.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied zu den auf Seite 12 in der Vorlage ausgewiesenen Miet- und Nebenkosten. Gab es hierzu innerhalb der Verwaltung eine Abstimmung, da durch das ZGM die Kosten festgelegt werden.

Frau Szabados antwortete, dass durch ZGM die Mieten hochgerechnet werden. Momentan ist der Mietpreis pro qm bei 3,10 € und 0.96 € für Nebenkosten. Sollten die Kosten durch ZGM höher angesetzt werden, kann von uns nicht erwartet werden, dass wir dies aus dem

oder bei ZGM aufgestockt werden. Es wird nicht aus dem Budget der Jugendhilfe abgedeckt werden können.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied, ob die Bewirtschaftungskosten bereits in den Beträgen der Übersicht enthalten sind.

Die Verwaltung teilte mit, dass diese in den jeweiligen Zuschüssen enthalten sind. Es handelt sich hierbei um Strom, Gas, Wasser, Müllentsorgung u.a. Nicht enthalten sind die 63.700 € für Mieten an ZGM.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied zur Begriffserläuterung „effizient“ und „effektiv“ im Zusammenhang mit S. 12 zu sehen.

Frau Szabados antwortete, dass „effektiv“ im Sinne von dem, „was passiert“ gemeint ist. „Effizient“ ist der Ausdruck wirtschaftlicher Arbeit.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied zu den 107.600 € Zuschuss 2004 für das Jugendcafe, welche im vorderen Teil der Vorlage nicht mit enthalten sind.

Die Verwaltung antwortete, dass das Jugendcafe mit im Haushalt des Begegnungszentrums für Ausländer und Deutsche enthalten ist. Ist also bei den 317.700 € mit dabei.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied zu dem Zuschuss der JFE „Gimritzer Damm“, da sich hier eine Differenz zwischen altem und neuem Zuschuss ergibt.

Antwort der Verwaltung, dass sich der neue Zuschuss auf den Haushalt 2004 bezieht, welcher bereits durch die Verwaltung intern erarbeitet wurde. Die Verwaltung musste von den Zahlen 2004 ausgehen, damit es stimmig wird.

Frau Szabados ergänzte, dass die Zahlen dann mit dem Haushaltsplan 2004 zur Verfügung stehen.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied, dass damit die Darstellung der finanziellen Auswirkungen nicht vollständig ist. Es ergeben sich Beträge, die dort nicht erläutert bzw. nicht ausgewiesen wurden.

Frau Szabados sagte zu, dass diese Darstellung zur nächsten Sitzung überarbeitet vorliegen wird.

Frau Szabados wies auf die Terminabfolge der Ausschüsse zu dieser Vorlage hin. Da ihr mitgeteilt wurde, dass der Bildungsausschuss bereits eine sehr umfangreiche Tagesordnung zu ihren Terminen habe und der Sportausschuss am vorgesehenen Termin nicht tagt, unterbreite sie den Vorschlag, dass der Jugendhilfeausschuss am 06.11. gemeinsam mit diesen Ausschüssen zu dieser Vorlage tagen könnte.

Der Vorschlag bezüglich des Bildungsausschusses fand im Ausschuss keine Zustimmung, so dass es dabei bleibt, dass die Vorlage am 06.11. im Jugendhilfeausschuss behandelt wird. Der Sportausschuss wird ggf. zum 06.11.03 eingeladen.

Hinweis eines Ausschussmitgliedes, dass auf der Legende zum Sozialraum 1 bei der Bibliothek Lessingstraße der entsprechende Vermerk fehlt. Da ja angedacht ist, dass hier die JFE „Wasserturm“ dies übernehmen soll.

Die Verwaltung berücksichtigt dies.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Wortprotokoll:

Es gab keine Anträge.

zu 7 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Wortprotokoll:

Frau Ute Haupt stellte folgende Anfragen:

1. Wieviel seelisch behinderte Kinder sind in der Stadt Halle in ambulanter und stationärer Betreuung untergebracht. Hintergrund dieser Frage ist die Gesetzesvorlage zum § 35 a SGB VIII. Gleichzeitig hinterfragte sie, wie sich hierzu die Stadt positioniert

Die Verwaltung sagte zum nächsten Ausschuss die Beantwortung zu.

2. Gibt es einen neuen Stand zum Kellnerstraße e.V.

Die Verwaltung verneinte dies.

3. Entspricht es der Tatsache, dass im Bereich KITA der „Stundenzukauf“ zugenommen hat.

Die Verwaltung antwortete, dass dies nur in geringfügigem Maß erfolgt ist. Einige Eltern haben dies ausgetestet, aber festgestellt, dass sie damit nicht besser klarkommen.

4. Sie unterbreitete den Vorschlag, das Thema „Graffiti“ in einem der nächsten Ausschüsse nochmals auf die Tagesordnung zu nehmen. Der Jugendhilfeausschuss sollte sich hierzu positionieren. Sie betonte dabei, dass sie ebenfalls gegen die illegalen Graffitischmierereien ist. Sie hob aber hervor, dass die präventive Arbeit insbesondere im Bereich Streetwork bemerkenswert war. Hier müsste geprüft werden, ob dort eine Weiterführung der Projekte möglich sein könnte. Diese präventive Arbeit gehört für sie zur „Jugendkultur“ .

Frau Szabados wies hier auf die Vorlage „ FürGraffiti – Gegen Schmierereien“ hin, bei der es damals zu einer Positionierung der Stadt gab. Sie sagte zu, dass diese Thematik in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung genommen wird.

Herr Godenrath fragte zum Stand der „Übergangsgelder“ im KITA-bereich.

Frau Szabados teilte mit, dass durch die Kommune hierzu ein pauschaler Antrag beim Land gestellt wurde. Da aber nach wie vor keine Verordnung durch das Sozialministerium herausgegeben wurde, konnte demzufolge kein unteretzter Antrag gestellt werden.

Frau von Nievenheim teilte mit, dass im Entwurf der Verordnung von einem 53%igen Übergangsaufwand für die Kommune ausgegangen wurde, zusätzlich zu dem Anteil des Landes. Es erfolgte aber keine weitere Handhabung und die Verordnung lässt auf sich warten.

Frau Szabados sagte zu, dass nochmals ein Schreiben an das Sozialministerium verfasst wird, um auf die Problematik erneut aufmerksam zu machen.

zu 8 Mitteilungen - der Verwaltung zum III. Quartalsbericht zur Haushaltskonsolidierung

Berichterstattung: Frau Schmidt, Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit

Wortprotokoll:

Frau Schmidt gab eine kurze Zusammenfassung zum III. Quartalsbericht zur Haushaltskonsolidierung. Die Unterlagen wurden den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Sie teilte mit, dass es keine gravierenden Änderungen innerhalb des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend und Gesundheit (GB V) zu den vorhergehenden Berichterstattungen gibt. Die Gesamtvorgabe von 19,8 Mio. € Einsparung ist maßnahmekonkret untersetzt und bis 2007 umzusetzen.

In den Fachbereichen Soziales, Kinder, Jugend und Familie und Gesundheit/Veterinärwesen werden bis 2007 insgesamt 71 Vollzeitstellen reduziert, mit einer Einsparung von 2,76 Mio. €.

Die Jahresvorgabe 2003 wurde nur mit 78,5 strukturell untersetzt. Haushaltsentlastend sind jedoch durch den GB V für 2003 und 2004 zusätzlich über 4 Mio. € nicht strukturell sondern einmalig wirkende Maßnahmen realisiert.

Die Fachkonzepte liegen als Dokumentation vor, mit Ausnahme des Konzeptes der sozial-Raumorientierten Planung. Die Vorlage zu den Jugendfreizeiteinrichtungen ist ein erstes Teilkonzept und der Ansatz von 100.000 € Einsparung wird erreicht.

Veränderungen zu dem vorliegenden Bericht wird es im Fachkonzept KITA auf Grund der personalwirtschaftlichen Maßnahmen geben.

Auf Grund der wesentlichen Gesetzesänderungen im Jahr 2004 (Agenda 2010) wird es wesentliche Auswirkungen im Sozialetat geben. Dazu können jetzt noch keine definitiven Aussagen getroffen werden.

Es gab keine Nachfragen durch die Mitglieder.

Weitere Mitteilungen

Frau Szabados informierte, dass die „Kiezkneipe“ demnächst eröffnet werden sollte. Dies verzögert sich noch etwas. Sie wird unter der Trägerschaft der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ (Ansprechpartner Herr Kohlert) laufen. Sie verwies darauf, dass sich die Kiezkneipe für größere Veranstaltungen eignet. Interessenten, die Veranstaltungsräume benötigen, können sich an Herrn Kohlert wenden.

Herr Rochau informierte darüber, dass heute jedem Mitglied eine Fassung des Neuen Jugendschutzgesetzes zur Verfügung gestellt wurde. Gestern wurde im Fachbereich dazu für Gewerbetreibende ein Fachforum angeboten. Außer dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie waren die Polizei und der Fachbereich Ordnung und Sicherheit vertreten. Die Veranstaltung war als Präventions- und Servicedienst gedacht, die Resonanz war unbefriedigend. Trotz Anschreibens von 66 Personen und einer Presseinformation dazu waren gerade mal drei Gewerbetreibende erschienen.

Die Veranstaltung soll in ca. 1 Jahr nochmals angeboten werden.

zu 9 Anregungen

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Szabados

Bürgermeisterin

gez. Kaupke

Protokollantin